

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung,
Technologie und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Lenzer, Thomas Rachel, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Horst Friedrich und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/3497 –

Rolle Deutschlands in der internationalen Raumfahrt

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Lothar Fischer (Homburg), Dr. Peter Glotz, Tilo Braune, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/3974 –

Zur Zukunft der deutschen und europäischen Raumfahrt

A. Problem

Die zukünftige Entwicklung der deutschen Raumfahrtpolitik und ihre Einbindung in die internationalen Raumfahrtaktivitäten. Die Herstellung von verbesserter Planungssicherheit für die deutsche Raumfahrtindustrie und die Wissenschaft. Die Stärkung der deutschen Raumfahrtindustrie.

B. Lösung

Die vorliegenden Anträge enthalten zahlreiche Gemeinsamkeiten, wie beispielsweise die Zustimmung zu den Beschlüssen des ESA-Ministerrats in Toulouse von Ende 1995, die Aufforderung an die Bundesregierung, einen Bericht bzw. ein Konzept über die wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Nutzung der

internationalen Raumstation bzw. des europäischen Labormoduls vorzulegen, eine stärkere Integration des ESA-Weltraumprogramms mit dem europäischen Forschungsprogramm anzustreben sowie die Forderung an die Bundesregierung, den Intentionen des Raumfahrtaufgabenübertragungsgesetzes stärker als bisher zur Geltung zu verhelfen.

Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. betonen in ihrem Antrag insbesondere, daß Deutschland in der internationalen Raumfahrt politik auch zukünftig eine seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Rolle spielen sollte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Bericht über die zukünftigen Perspektiven der deutschen Weltraumforschung vorzulegen, wobei stärker marktstrategische Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen.

Die Fraktion der SPD fordert in ihrem Antrag ausdrücklich ein fünftes Weltraumprogramm der Bundesregierung an. Weiterhin fordert die Fraktion der SPD beispielsweise, daß die Mikrogravitationsforschung vorrangig terrestrische Forschungssysteme nutzen sollte. Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie wird aufgefordert, keine finanziellen Mittel für die Entwicklung und den Bau des geplanten satellitengestützten Aufklärungssystems zur Verfügung zu stellen.

Zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3497 – wird Annahme und zum Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3974 – wird Ablehnung empfohlen.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 13/3974.

D. Kosten

Keine Angaben.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag – Drucksache 13/3497 – anzunehmen;
- b) den Antrag – Drucksache 13/3974 – abzulehnen.

Bonn, den 17. April 1996

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Thomas Rachel
Berichtersteller

Lothar Fischer (Homburg)
Berichtersteller

Simone Probst
Berichterstellerin

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Berichtersteller

Wolfgang Bierstedt
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Thomas Rachel, Lothar Fischer (Homburg), Simone Probst, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und Wolfgang Bierstedt

1. Überweisung

- a) Den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3497 – hat der Deutsche Bundestag in seiner 83. Sitzung am 1. Februar 1996 an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuß für Wirtschaft, den Verteidigungsausschuß, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.
- b) Den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3974 – hat der Deutsche Bundestag in seiner 92. Sitzung am 7. März 1996 an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuß für Wirtschaft und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

2. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

- a) Zum Antrag auf Drucksache 13/3497:

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 7. Februar 1996 den Antrag beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dem federführenden Ausschuß empfohlen, der Vorlage zuzustimmen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner Sitzung am 13. März 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS angenommen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 17. April 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Enthaltung einer Stimme der Fraktion der SPD dem federführenden Ausschuß die Annahme des Antrags empfohlen.

Der Verteidigungsausschuß hat in seiner Sitzung am 17. April 1996 dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS die Annahme des Antrags empfohlen.

- b) Zum Antrag auf Drucksache 13/3974:

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 17. April 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Haushaltsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 17. April 1996 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und einer Stimme der Gruppe der PDS bei Enthaltung einer Stimme der Gruppe der PDS dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die beiden Anträge erstmals in seiner Sitzung am 13. März 1996 beraten. Dabei wurden einerseits die unterschiedlichen Akzente der vorliegenden Anträge deutlich, andererseits wurde aber auch durch die Vertreter der antragstellenden Fraktionen eine Fülle von Gemeinsamkeiten in beiden Anträgen festgestellt. Beispiele solcher Gemeinsamkeiten sind die Befürwortung der Beschlüsse der ESA-Ministerkonferenz in Toulouse Ende 1995, die Aufforderung an die Bundesregierung, einen Bericht bzw. ein Konzept über die wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Nutzung der internationalen Weltraumstation bzw. des europäischen Labormoduls vorzulegen, die geforderte stärkere Verknüpfung der ESA-Aktivitäten mit den europäischen Forschungsprogrammen und die Forderung an die Bundesregierung, den Intentionen im Raumfahrtaufgabenübertragungsgesetz stärker gerecht zu werden.

Der Ausschuß beschloß deshalb, daß die Berichterstatter den Versuch unternehmen sollten, einen Entwurf für einen interfraktionellen Antrag im Ausschuß bzw. für eine von einer breiten Mehrheit des Ausschusses getragene Beschlußempfehlung zu erarbeiten.

Die Berichterstatter Thomas Rachel (CDU/CSU) und Lothar Fischer (Homburg) (SPD) nahmen diesen Auftrag an und erarbeiteten ein Konsenspapier. Am 17. April 1996 hat der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung seine Beratung der Vorlagen fortgesetzt. Der Ausschuß stellte fest, daß die zuständige Arbeitsgruppe der Fraktion der SPD das Konsens-

papier abgelehnt hat. Der Ausschuß befaßte sich deshalb noch einmal mit dem Inhalt der überwiesenen Anträge auf den Drucksachen 13/3497 und 13/3974.

Die Fraktion der SPD bestand weiterhin auf ihrer Forderung nach einem fünften Weltraumprogramm. Die Koalitionsfraktionen lehnten ein formalisiertes fünftes Weltraumprogramm unter Hinweis auf das ESA-Programm und aus haushaltspolitischen Gründen ab. Sie forderten allerdings von der Bundesregierung einen Bericht über die zukünftigen Perspektiven der Weltraumforschung. Zwischen den beiden antragstellenden Fraktionen bestand auch weiterhin ein Unterschied in der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der deutschen Raumfahrtindustrie. Die Fraktion der SPD bewertete die Situation dort als krisenhaft. Dieser Bewertung wollten sich die Koalitionsfraktionen nicht anschließen. Die Fraktion der SPD bestand auf einem vollständigen Verzicht des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) an der Mitfinanzierung von Entwicklung und Bau des geplanten europäischen satellitengestützten Aufklärungssystems. Allerdings wollten sie bei anderen Finanzierungsmodalitäten ein solches System nicht kategorisch ablehnen, sondern verwiesen auf noch laufende Beratungen im Bereich des Verteidigungsausschusses. Dagegen unterstützen die Vertreter der Koalitionsfraktionen im Ausschuß den Bau des geplanten satellitengestützten Aufklärungssystems, wollten aber noch keine endgültige Festlegung bezüglich der Beteiligung des BMBF-Haushalts an der Finanzierung dieses Systems treffen. Die Koalitionsfraktionen kritisierten auch die Forderung der Fraktion der SPD nach einer Schwerpunktsetzung der Mikrogravitationsfor-

schung im Bereich terrestrischer Forschungssysteme. Sie wiesen darauf hin, daß die Mikrogravitationsforschung einen Schwerpunkt der Forschungsarbeiten im Labormodul der Weltraumstation bilden soll. Die Koalitionsfraktionen betonten, daß die weitere Technologienentwicklung im Bereich der Raumfahrt in Zukunft verstärkt marktorientiert erfolgen soll.

Die Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach sich gegen den in beiden Anträgen erkennbaren hohen Stellenwert der bemannten Raumfahrt und gegen jegliche mögliche militärische Nutzung der Raumfahrttechnologie aus.

Der Berichterstatter der Gruppe der PDS forderte Maßnahmen, um die militärische Nutzung von Erkenntnissen aus der zivilen Weltraumforschung zu verhindern.

Der Ausschuß beschloß in seiner Sitzung am 17. April 1996

- zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3497 – mit der Mehrheit der Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD die Annahme zu empfehlen,
- zum Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3974 – mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimmen der Gruppe der PDS die Ablehnung zu empfehlen.

Bonn, den 17. April 1996

Thomas Rachel

Berichterstatter

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Berichterstatter

Lothar Fischer (Homburg)

Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt

Berichterstatter

Simone Probst

Berichterstatterin

